

Baden-Württemberg entwickeln – für Eine Welt

 Baden-
Württemberg **entwickeln**
für Eine Welt

Das Eine-Welt-PromotorInnenprogramm stärkt die entwicklungspolitische Arbeit der Zivilgesellschaft – gefördert von Bund und Ländern. In Baden-Württemberg gibt es 19 PromotorInnen, die bei entwicklungspolitischen Organisationen angesiedelt sind. Sie setzen sich für eine weltweit nachhaltige Entwicklung und den dafür notwendigen gesellschaftlichen Wandel ein. Sie unterstützen damit die Umsetzung der entwicklungspolitischen Leitlinien von Baden-Württemberg. 11 FachpromotorInnen arbeiten zu den Handlungsfeldern Fairer Handel, Globales Lernen, Nachhaltige Beschaffung, Partnerschaften, Migration & Entwicklung sowie Hochschulen. 8 RegionalpromotorInnen unterstützen das Eine-Welt-Engagement in ihren Regionen. Über 70 PromotorInnen sind bundesweit in 12 Ländern aktiv. Bundesweite Programmträger sind die Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland, die Stiftung Nord-Süd-Brücken und der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen.

Träger des Programms in Baden-Württemberg: der DEAB



Der Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB) ist der Landesverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen in Baden-Württemberg. Seit April 2013 koordiniert Claudia Duppel dort das baden-württembergische PromotorInnenprogramm. www.deab.de



Uwe Kleinert


Eine-Welt-Fachpromotor Nachhaltige Beschaffung
und Unternehmensverantwortung

Werkstatt Ökonomie e.V.
www.woek.de

im WeltHaus Heidelberg
Willy-Brandt-Platz 5
69115 Heidelberg

fon 0 62 21.4 33 36-11
uwe.kleinert@woek.de

Eine-Welt-Fachpromotor Nachhaltige Beschaffung und Unternehmens- verantwortung

 Verantwortlich wirtschaften
& nachhaltig beschaffen:
mehr Recht als billig!

Gefördert durch Engagement Global im Auftrag des BMZ und
durch das Staatsministerium Baden-Württemberg



Herausgeber: DEAB e.V., www.deab.de
Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.

WERKSTATT  ÖKONOMIE

Unternehmensverantwortung: Nachhaltigkeit ins Kerngeschäft!



Nachhaltigkeit wird groß geschrieben – auch in der Wirtschaft. Viele Firmen stellen sich längst ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, indem sie nachhaltige Produkte entwickeln, ihre Produktionsprozesse ökologisch optimieren, ihre Belegschaften am Unternehmenserfolg teilhaben lassen oder wirksam Vorsorge treffen gegen schädliche Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit – auch und gerade im Globalen Süden.

Trotzdem geraten immer wieder Unternehmen in die Schlagzeilen, weil sie gegen grundlegende Arbeitsrechte verstoßen, an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, Lohndumping betreiben, MitarbeiterInnen drangsalieren, die Umwelt verschmutzen oder zu Korruption greifen: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit klafft noch eine deutliche Lücke beim nachhaltigen Wirtschaften. Denn längst nicht von allen Unternehmen wird Verantwortung groß geschrieben.

Wirksam ist Nachhaltigkeit in der Wirtschaft nur, wenn sie als Grundprinzip fest im Geschäftsmodell eines Unternehmens verankert und in allen Geschäftsbereichen praktiziert wird. Glaubwürdig ist Nachhaltigkeit in der Wirtschaft nur, wenn Freiwilligkeit nicht mit Unverbindlichkeit verwechselt wird: Wer sich freiwillig zu nachhaltigem Wirtschaften verpflichtet, sollte verbindlich dazu stehen (müssen). Und es braucht Regeln für Nachhaltigkeit in der Wirtschaft: Der Staat ist in der Pflicht, von Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung einzufordern und die Menschenrechte, grundlegende Sozialstandards und den Schutz der Umwelt weltweit verbindlich durchzusetzen.

Verantwortliche öffentliche Beschaffung: Wegbereiter für mehr Nachhaltigkeit



Ein wirksamer Hebel, um Nachhaltigkeit in der Wirtschaft voranzubringen, kann – neben beispielsweise strengen Offenlegungspflichten und Haftungsregeln – eine Beschaffungspolitik von Bund, Ländern und Kommunen sein, die sich an klaren menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Kriterien orientiert.

In den Entwicklungspolitischen Leitlinien von Baden-Württemberg ist das Anliegen einer verantwortlichen öffentlichen Beschaffung fest verankert:

„Die Landesregierung berücksichtigt [...] bei ihrer Beschaffung neben ökonomischen auch regionale, ökologische und soziale Kriterien und bevorzugt, wo möglich, Produkte aus Fairem Handel. Die Landesregierung wird die dafür notwendigen Voraussetzungen im Bereich des Vergaberechts schaffen.“

In den Handlungsvorschlägen zu den Leitlinien heißt es weiter:

„Das bisherige Serviceangebot im Bereich der verantwortlichen Beschaffung wird weiter ausgebaut und vom Land durch seine Vorbildfunktion und die Entwicklung verbindlicher Standards politisch flankiert. Um eine verantwortliche öffentliche Beschaffung auf Landes- und kommunaler Ebene praxisnah zu unterstützen, wird das Land eine Servicestelle aufbauen, die entsprechende Beratungsleistungen, Schulungen und Informationsmaterialien anbietet.“

Damit ist eine tragfähige Grundlage für die Umsetzung einer nachhaltigen Beschaffung im Land gegeben: Nun kommt es darauf an, sie zu nutzen!

Mehr Recht als billig: Baden-Württemberg kauft verantwortlich ein



Der Fachpromotor für nachhaltige öffentliche Beschaffung und Unternehmensverantwortung unterstützt das Anliegen einer verantwortlichen Beschaffung im Land und in den Kommunen Baden-Württembergs, indem er ...

- die Diskussion um ihre rechtliche Verankerung vorantreibt und begleitet und sich dafür einsetzt, dass die Erwartungen der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen der Entwicklungspolitik dabei angemessen berücksichtigt werden;
- auf die Bereitstellung der notwendigen Beratungs-, Schulungs- und Serviceangebote für die Beschaffungspraxis drängt;
- durch Veranstaltungen, Materialien und Onlineangebote exemplarisch Impulse und Handreichungen für eine nachhaltige Beschaffungspraxis anbietet;
- die Vernetzung der an einer nachhaltigen öffentlichen Beschaffung im Land interessierten AkteurInnen, unter anderem im Forum Nachhaltige Beschaffung Baden-Württemberg, unterstützt;
- zivilgesellschaftliche Gruppen und Organisationen, insbesondere aus dem developmentspolitischen Bereich, für nachhaltige Beschaffung sensibilisiert und mobilisiert sowie
- Firmen mit zivilgesellschaftlichen Erwartungen an ihre Geschäftsführung vertraut macht und sie zur Wahrnehmung ihrer unternehmerischen Sorgfaltspflicht – insbesondere in ihren Lieferketten – auffordert.